

Bern



Fast wie im Luxushotel: Eine Übernachtung in der Ausnüchterungsstelle Zürich kostet 950 Franken. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

In die Ausnüchterungszelle statt in den Spitalnotfall

Wer zu viel trinkt, soll auf eigene Kosten wieder auf die Beine kommen.

Dölf Barben

SVP-Grossrätin Sabina Geissbühler (Herrenschwand) sprach von «Komasäufern», Ruedi Löfel (EVP, Münchenbuchsee) von «Besoffenen». Beide forderten in ihren Vorstössen Ähnliches, darum wurden diese gestern im Grossen Rat gemeinsam beraten - und in den Hauptpunkten als Motionen mit klaren Mehrheiten überwiesen. Der Regierungsrat ist nun beauftragt, eine Zentrale Ausnüchterungsstelle (ZAS) in Betrieb zu nehmen. Wo sie zu stehen kommt, ist unklar. Ebenso, ob im Kanton Bern bei seiner Grösse eine einzige ZAS genügt. Gleichzeitig soll der Regierungsrat die gesetzlichen Grundlagen so anpassen, damit Rauschtrinker die Kosten, die sie verursachen, selber bezahlen müssen.

Löffels Hauptforderung zielt darauf ab, dass «Besoffene» ausserhalb eines Spitals wieder auf die Beine gestellt werden. Damit würde vor allem ein Problem gelöst: Die «Behandlung» müsste nicht mehr von der Krankenkasse und über Steuergelder bezahlt werden. Sie könnte dem Betrunkenen direkt in Rechnung gestellt werden. «Ich will einfach nicht mehr mitzahlen, wenn sich jemand voll-laufen lässt.» Löffel verwies auf die ZAS in Zürich mit zwölf Zellen, die letzten

Frühling in Betrieb genommen wurde. Die Erfahrung eines halben Jahres habe gezeigt, «dass ZAS notwendig sind» und «dass es kein medizinisches Problem ist», sagte er. Von 366 Personen hätten lediglich 22 ins Spital eingeliefert werden müssen. Für die übrigen war es eine etwas besondere und - mit 950 Franken - besonders teure Übernachtung.

Sabina Geissbühler forderte ebenfalls, dass «Komasäufer» die Kosten, die sie verursachen, selber bezahlen müssen. Ihr schwebten aber keine Ausnüchterungsstellen vor, sie verlangte, dass die sogenannten Wartezimmer auf Polizeiposten so eingerichtet werden, dass berauschte, gewalttätige Jugendliche dort so lange untergebracht und medizinisch betreut werden können, wie es aus Sicherheitsgründen nötig ist. Dieser Punkt wurde als Postulat überwiesen.

«Keine neuen Strukturen»

Das Problem des Rauschtrinkens habe angenommen. Darin waren sich gestern im Rat alle einig. Ebenso herrsche Konsens, dass es möglich sein soll, die Kosten auf die Betroffenen abzuwälzen. Die Einrichtung einer Ausnützerungsstelle stiess aber doch auf einige Kritik: «Zah-
len sollen sie, aber es braucht keinen

neuen Strukturen», sagte Adrian Wüthrich (SP, Huttwil). Und Philippe Müller (FDP, Bern) meinte, nüchtern betrachtet, sei der Aufwand für eine ZAS viel zu gross, die medizinische Betreuung müsse ja doch sichergestellt sein. Die medizinische Eintrittskontrolle sei wichtig, sagte (die Ärztin) Tanja Sollberger (GLP, Bern). Beim «kleinsten Zweifel» könne ein Betroffener ins Spital eingeliefert werden. Die meisten aber benötigten nicht die gesamte Infrastruktur einer Notfallabteilung.

«Adelboden, Bern oder Langnau?»

Polizeidirektor Hans-Jürg Käser gefiel der Ansatz mit der Ausnützerstelle für den Kanton Bern nicht – so bestechend er für Zürich sei. Nur schon die Frage sei schwer zu beantworten, wo denn eine solche Stelle errichtet werden sollte – «in Adelboden, in Bern oder in Langnau?» Ausserdem wolle er «ebengerade nicht», dass die Polizei auch noch medizinische Experten beschäftigen müsse. Dagegen sei es zweifellos richtig, Wege und Mittel zu finden, die Kosten den Betroffenen aufzubürden. Löffel liess nicht locker: Er habe nicht gesagt, es brauche nur eine ZAS, «aber wir müssen einmal mit einer anfangen».

Ständeratswahl Wie die EVP von der speziellen Konstellation profitiert. *Stefan Wyler*

Der vierte Mann im Scheinwerferlicht

Politiker der Evangelischen Volkspartei (EVP) jammern manchmal gern. Sie beklagen, dass ihrer Partei im Vergleich zu den grossen und lauten Parteien zu wenig Aufmerksamkeit zuteilwerde. Einige Vertreter der christlichen Partei (Wähleranteil bei den Grossratswahlen 2010: 5,9 Prozent) haben diese Klage nun auch im aktuellen Ständeratsrennen angestimmt, bei dem neben den nationalen Figuren Adrian Amstutz (SVP), Christa Markwalder (FDP) und Ursula Wyss (SP) der EVP-Grossrat Marc Jost antritt. Hier aber ist das Jammern deplatziert. Von diesem Ständeratswahlkampf profitieren die EVP und ihr Kandidat wie kaum jemand anderes.

Es ist zwar Marc Jost im laufenden Wahlkampf nicht immer und überall genau gleich behandelt worden wie die Vertreter der grossen Parteien: So widmen ihm die Zeitungen oft nicht gleich viele Zeilen, und in der «Arena» des Schweizer Fernsehens musste er in der zweiten Reihe Platz nehmen. Nichtsdestotrotz erhielt auch Jost in der «Arena» gute Fernsehminuten, um sich darzustellen. Und ziehen sie eine nüchterne Gesamtbilanz, so können Jost und seine EVP mehr als nur zufrieden sein. Auf mehreren Podien konnte Jost neben den drei Vertretern der grossen Parteien gleichberechtigt stehen und referieren (wobei er sich wacker schlug) - und in Fernsehen, Radio und Zeitungen ist er dauernd

präsent. Mehr Scheinwerferlicht ist für einen Aussenseiter kaum erhältlich.

Nun hat dies alles aber nicht damit zu tun, dass in den Parteien plötzlich ein neuer Gerechtigkeitsinn ausgebrochen wäre oder dass die Medien die EVP plötzlich unheimlich relevant fänden. Josts grosse Präsenz hat ihren Grund darin, dass er - der Aussenseiter neben den drei Grossen - der vierte Mann ist, neben dem es keinen fünften, sechsten, siebten oder achten gibt. Gäbe es beispielsweise auch noch eine grün-liberale Kandidatin, einen EDU-Bewerber und einen jurassisch-separatistischen Kandidierenden, dann wäre Jost seinen Nimbus als einzige Alternative zu den Etablierten umgehend los. Er müsste die Aufmerksamkeit mit anderen Aussenseitern teilen, könnte an Podien nicht mehr gleichberechtigt am Tisch der Grossen sitzen - und würde bei der Wahl auch nicht die Stimmen all jener auf sich vereinigen, die eine Alternative zu SVP, FDP und SP suchen.

Leserbriefschreiber aus dem Umfeld der EVP reagieren auch immer ziemlich empfindlich, wenn ein Journalist zu schreiben wagt, Josts Kandidatur sei chancenlos. Wir formulieren darum hier so: Marc Jost hat dank der grossen Aufmerksamkeit, die er im Ständeratswahlkampf bekommt, gute Chancen - im Herbst 2011 in den Nationalrat gewählt zu werden.

Für Stades de Bienne gibts doch noch Geld

Der Beitrag aus dem Sportfonds an die Stades de Bienne ist nach langem Hin- und Her unter Dach. Mit 130 zu 0 Stimmen genehmigte der Grosse Rat gestern einen Beitrag von 10,5 Millionen Franken. Das Projekt sei ausgezeichnet, aber bei der Zusammenarbeit zwischen Biel und dem Kanton sei vieles schiefgelaufen. So lautete der Tenor. Ursprünglich wollte der Regierungsrat 24,5 Millionen Franken bereitstellen. Bei der Überprüfung dieser «einmalig hohen Summe» kam die Finanzkommission zum Schluss, Biel habe zu hohe Kosten geltend gemacht. Die wichtigsten Rollen hatten dabei Heinz Siegenthaler (BDP) und Ruedi Löffel (EVP) gespielt. Die beiden hätten einen Applaus verdient, sagte Thomas Brännimann (GLP, Mittelhäusern) gestern - mehr als ein paar vereinzelt Klatscher waren nicht zu hören. (sda/db)

Aus dem Rat

Fahndung nach Pädophilen

Die vorsorgliche verdeckte Faldnung nach Pädophilen im Internet soll im Kanton Bern bald wieder möglich sein. Der Grosse Rat hat gestern zwei Vorstösse aus den Reihen der SVP überwiesen. Mit Inkrafttreten der neuen Strafprozessordnung war die Rechtsgrundlage für die Chatroom-Überwachung auf Bundesebene entfallen («Bund» 13. Januar). Im März soll der Grosse Rat über die Gesetzesrevision beraten. (sda)

Vernichtung von Drogenhanf

Der Regierungsrat soll sich um die rechtliche Grundlage für die raschere Verurteilung von Drogenhändlern kümmern. Mit 70 zu 60 Stimmen überwies der Grosse Rat gestern eine Motion. Die Polizei kann bei Hanfabauflächen heute nicht automatisch einschreiten, sondern muss zuerst den Nachweis erbringen, dass der Produzent die Ernte illegal als Drogenhändler verkaufen will. (sda)

Mühleberg lässt Emotionen nochmals hochgehen

18 Tage vor der Mühleberg-Abstimmung haben sich Befürworter und Gegner der Atomkraft im Grosse Rat nochmals einen verbalen Schlagabtausch geliefert.

Im Zentrum der gestrigen Debatte standen die Rollen der Regierung und des Stromkonzerns BKW im Abstimmungskampf. Zu entscheiden gab es nichts. Beide Lager nutzten aber das Mittel der Interpellation, um im Lauf der knapp zweistündigen Debatte die eigene Position zu bekräftigen.

Kritik an der Regierung...

Die bürgerliche Ratsmehrheit attackierte dabei die rot-grüne Regierung: Ihr offensiver Einsatz für ein Nein am 13. Februar sei unsatthaft, nachdem sich der Grosse Rat klar für ein neues AKW Mühleberg ausgesprochen habe. «Die Regierung hat ihre Kompetenzen überschritten», sagte Erwin Burn (Adelboden) namens der EDU-Fraktion. Energiedirektorin Barbara Egger (SP) missachte den Auftrag des Parlaments und nutze jede Gelegen-

heit, den Kanton Bern ins Strom-Abseits zu manövrieren, ergänzte Ueli Jost (Thun) für die SVP.

...am Grossratspräsidenten...

Roland Näf (Muri), der Präsident der bernischen SP, wies die Kritik zurück. «Schliesslich herrsche Gewaltenteilung, und die Regierung sei gegenüber dem Volk verpflichtet, zu ihrer Meinung zu stehen. Das Amt missbraucht habe hingegen Grossratspräsident Gerhard Fischer (SVP/Meiringen), als er die Regierung im Namen aller Grossräte öffentlich gemassregelt habe.

...an der BKW...

Die Linke nahm die Rolle der BKW ins Visier: Die Mühleberg-Betreiberin mischte sich mit unzulässiger Propaganda in den Abstimmungskampf ein. Dabei unterschläge sie wesentliche Informationen wie etwa eine transparente Kostenrechnung, sagte Nadine Masshardt (SP/Bern). Die BKW verbreite eine «Vielzahl von Halbwahrheiten», befand auch Blaise Kropf (Bern) namens der Grünen. Sie stelle die Atomkraft als sichere Energieform dar und wisse dabei nicht einmal, woher das eigene Uran genau

stamme, ergänzte Franziska Schöni-Affolter (Bremgarten) für die Grünliberalen.

...und an den AKW-Gegnern

Die BDP kontierte die Kritik am Stromkonzern. Die BKW informierte transparent, sagte Bernhard Riem (BDP/Iffwil). Offene Fragen gebe es hingegen zur Finanzierung der Gegenkampagne. So sei es stossend, dass sich der baselstädtische Energiefonds in den Abstimmungskampf einmische und die AKW-Gegner unterstütze.

FDP schlägt runden Tisch vor

Einen Schritt in Richtung Versöhnung wollte Peter Flück (FDP/Brienzen) machen: Er lud alle Fraktionen zu einem runden Tisch in der kommenden Woche ein, um eine Auslegeordnung in der Energiepolitik vorzunehmen. Die EVP betreibe einen solchen runden Tisch bereits fraktionsintern, erwiderte Marc Jost (Thun). In seiner Fraktion gebe es nämlich sowohl AKW-Befürworter als auch -Gegner. Energiedirektorin Barbara Egger begrüßte Flücks Initiative. Auf weitere Ausführungen zur Debatte verzichtete sie. (sda)

Anzeige

**DER 13. TRÖDLERMARKT
IM GREYERZ
BULLE
ESPACE GRUYÈRE
8000 m²
(1500 Parkplätze)**



**Kinder-Brocante
Beteiligung gratis**

**ESPACE
GRUYÈRE**
COMPLEXE BOISVALENT

Freitag, 28. Januar 2011 von 10.00 bis 20.00 Uhr
Samstag, 29. Januar 2011 von 10.00 bis 20.00 Uhr
Sonntag, 30. Januar 2011 von 10.00 bis 18.00 Uhr

**Org.: Fernand PLUMETTAZ 1653 Crésuz, © +41 (0)79 225 06 10
www.brocplumett.ch**